

***„Prävention von Kindesmisshandlung und -vernachlässigung“***

von

**Gina-Ursula Graichen**

Dokument aus der Internetdokumentation  
des Deutschen Präventionstages [www.praeventionstag.de](http://www.praeventionstag.de)  
Herausgegeben von Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks im Auftrag der  
Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

---

Zur Zitation:

Gina-Ursula Graichen: Prävention von Kindesmisshandlung und -vernachlässigung, in: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.), Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2010, [www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/925](http://www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/925)

**Gina Graichen  
Erste Kriminalhauptkommissarin  
Landeskriminalamt Berlin  
LKA 125- Delikte an Schutzbefohlenen**

## **Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung – Prävention durch Öffentlichkeitsarbeit**

**Das LKA 125 ist das bundesweit noch immer einzige Fachkommissariat, das sich ausschließlich um Delikte an Schutzbefohlenen, ohne sexuellen Hintergrund, kümmert.**

**Es besteht zurzeit aus insgesamt 21 Mitarbeitern sowie einer Leiterin.**

**Dieses Spezialkommissariat des Landeskriminalamtes Berlin ist stadtweit für ganz Berlin zuständig.**

**Zu der sachlichen Zuständigkeit gehören**

- **Misshandlung von Schutzbefohlenen (Kinder, Jugendliche, Kranke und alte Menschen)**
- **Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht (beide Delikte auch mit Todesfolge)**
- **Aussetzung**
- **Schwangerschaftsabbrüche (gefährliche Körperverletzung/Nötigung zu § 218 StGB)**
- **Kinderhandel**

**Das LKA 125 wurde nicht deshalb gegründet, weil sich in Berlin so viele Fälle von Misshandlung oder Vernachlässigung ereignet haben, vielmehr besteht dieses Kommissariat mit eben diesen Zuständigkeiten seit Anfang/ Mitte der 60er Jahre.**

**Misshandlung und Vernachlässigung von Kindern gab es damals wie heute. Dennoch rückte mehr und mehr in den Vordergrund, dass es sich bei dieser Art von Delikten offenbar um ein absolutes Tabuthema handelte und es teilweise leider auch heute noch als solches behandelt wird.**

**Man verabscheut eine Gesellschaft, in der die Kleinsten und Wehrlosesten gequält und zusammengeschlagen werden, und will es vor sich selbst nicht eingestehen, auch mit in eben dieser Gesellschaft zu leben.**

**Man erträgt es nur schwer, mit dieser Realität konfrontiert zu werden, und es ist weitaus einfacher, sich nicht einzumischen und sich somit nicht um das Leid Anderer kümmern zu müssen.**

**Ob ein Thema in das öffentliche Interesse rückt, hängt von verschiedenen Faktoren ab.**

**Die Bevölkerung muss bereit sein, sich auf ein Thema einzulassen und muss den Willen haben, selbst an der Situation etwas ändern zu wollen.**

**Die Medien müssen sich des Themas annehmen, um Informationen in die breite Öffentlichkeit zu streuen.**

**„Die Ämter“ müssen erkennen, ob sie alles getan haben, um Kinder vor ihren Eltern zu schützen, bzw. ob und was genau an ihrer Struktur und/oder in den Arbeitsabläufen verändert werden muss.**

**In Berlin war es so, wie es jetzt noch teilweise in verschiedenen Bundesländern der Bundesrepublik funktioniert bzw. eher nicht funktioniert.**

**Die Polizei nahm die entsprechende Anzeige auf,  
- wenn das Spezialdelikt erkannt wurde-,  
durch die Fachdienststelle wurde zügig das zuständige Jugendamt darüber informiert, die Jugendamtsmitarbeiter waren in der Regel nur begrenzt erreichbar und verschanzten sich hinter Datenschutz und Sozialgesetzbuch. An ein gemeinsames Tätigwerden durch Jugendamt und Polizei war nicht zu denken, da man „nicht mit der Polizei zusammenarbeite, um das Vertrauensverhältnis zum Klientel nicht zu gefährden“.  
Es gab Interdisziplinäre Treffen, die jedoch nicht den angestrebten Erfolg brachten.**

**Bei den kriminalpolizeilichen Ermittlungen wurde immer wieder festgestellt, dass Nachbarn und Angehörige durchaus mitbekommen, dass Kinder geschlagen, gedemütigt, allein gelassen werden, sie hören das Anschreien der Eltern und die darauf folgenden Schläge, sie hören das herzerreißende Wimmern und Weinen der Kinder.**

**Der zaghafte Versuch, ihr Wissen einer öffentlichen Stelle mitzuteilen, ließ sie an Personen geraten, die „nicht zuständig“ waren, die sie weiter vermittelten, die nicht anwesend waren oder per Computerstimme darum baten, auf einem Anrufbeantworter kurz und prägnant ihr Problem zu schildern.**

**Es ist bekannt, dass eine große Anzahl der Anrufer verunsichert und entnervt aufgegeben hat.**

**Am Ende beruhigten sie ihr schlechtes Gefühl damit, „dass sich schon ein Anderer darum kümmern wird“.**

**Nach einer Häufung von dramatischen Anzeigen wegen Kindesmisshandlung, die die betroffenen Kinder teilweise leider nicht überlebten, zeigte sich erneut, dass Nachbarn oder andere Bezugspersonen, aber auch andere Behörden bereits involviert und über die Zustände vorher informiert waren.**

**Für das Spezialkommissariat stellte sich daher die Frage, in welcher Form und ob überhaupt eine Prävention in diesem Bereich möglich sein könnte.**

**Bei einer anlassunabhängigen Pressekonferenz im März 2004 wagt LKA 125 das Unmögliche.**

**Es werden neben einem Kurzvortrag zu den Delikten erstmals Tatfotos veröffentlicht, solche, die bisher für die Öffentlichkeit zu schrecklich schienen. Es werden die Statistikzahlen offen gelegt, die bisher zwar auch öffentlich einsehbar waren, aber als erfasste Körperverletzungen „untergingen“.  
Es wird immer wieder auf die furchtbare Situation mancher Kinder in den eigenen Familien hingewiesen.**

Um die Bevölkerung für diese Thematik noch mehr zu sensibilisieren, werden von der zuständigen Fachdienststelle Plakate zu den Themenbereichen Misshandlung, Vernachlässigung und Tötung von Kindern entwickelt, im August 2004 veröffentlicht und bis heute in Umlauf gebracht.

Diese Plakate werden an öffentlichen Stellen, wie zum Beispiel Bürgerämtern, Polizeidienststellen, Job-Centern, in BVG- Wartehäuschen, in der S-Bahn, in Schulen und inzwischen sogar in Krankenhäusern und bei Jugendämtern aufgehängt: dort, wo Menschen warten müssen, Langeweile haben und letztlich alles lesen, was sie vorfinden.

Zu den genannten Plakaten sind Flyer erhältlich, die helfen sollen, Misshandlungen und Vernachlässigungen an Kindern zu erkennen.

Auf den Plakaten wird eine Hinweistelefonnummer des Landeskriminalamts LKA 125 veröffentlicht, unter der man eine Anzeige erstatten oder sich beraten lassen kann, im Übrigen die erste Hotline dieser Art in der Stadt. Selbstverständlich werden auch anonyme Anzeigen entgegen genommen.

Neben der enormen Öffentlichkeitsarbeit und der „normalen“ täglichen Arbeit werden durch die Mitarbeiter des Kommissariats noch immer Schulungen und Vorträge durchgeführt.

So können Kita- Mitarbeiter, Pflegekräfte, Lehrer, angehende Erzieher und alle anderen interessierten Professionen über den Themenbereich informiert werden.

Sehr viel Zeit nimmt auch heute noch die Fortbildung der eigenen Kollegen ein, Schutzpolizisten, die als erste am Ort sind, und Kollegen der örtlichen Kriminalinspektionen in der Sofortbearbeitung.

Für alle Kollegen bietet sich die Möglichkeit einer mehrwöchigen Hospitation auf der Dienststelle, im Übrigen auch für interessierte Mitarbeiter anderer Professionen.

Für LKA 125 wird eine Rufbereitschaft eingerichtet, so dass die Mitarbeiter nun rund um die Uhr zu erreichen sind, um für unsichere Kollegen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen oder ggf. den Fall selbst sofort zu übernehmen.

Durch die Vielzahl abgesetzter Pressemeldungen in krassen Fällen von Misshandlung und Vernachlässigung kümmert sich so auch vermehrt die Presse intensiver um die Hintergründe und etwaige Fehler der beteiligten Behörden.

Jugendämter werden so regelmäßig zu Stellungnahmen gezwungen, warum sie so und nicht anders gehandelt haben oder warum gar nichts unternommen wurde.

Die 12 Jugendämter der Stadt Berlin geraten zunehmend unter Druck, zumal teilweise erkennbar wurde, dass sie in den Augen der Öffentlichkeit untätig geblieben waren.

Die zuständige Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung sieht Anfang des Jahres 2006 Handlungsbedarf.

Aus den teils bitteren Erfahrungen heraus wird eine Projektgruppe Kinderschutz gegründet, die Handlungsanleitungen für Jugendamtsmitarbeiter erarbeiten soll.

LKA 125 wird in diese Projektgruppe integriert.

Während der bis heute monatlich einmal stattfindenden Treffen wird deutlich, dass die Initiative der Polizei mit ausschlaggebend dafür war, das NETZWERK KINDERSCHUTZ ins Leben zu rufen.

Es wird weiterhin deutlich, dass eine Struktur für alle Jugendämter der Stadt geschaffen werden muss, dass es feste Rufnummern und Ansprechpartner, - die Kinderschutzkoordination-, geben muss, um den Anrufern und Hinweisgebern das Leben zu erleichtern.

Es wird festgelegt, dass Statistiken über Hinweise, Beratungen, Inobhutnahmen geführt und alle anderen Tätigkeiten erfasst werden müssen. Mit dem NETZWERK KINDERSCHUTZ sollen alle den Kinderschutz betreffenden Institutionen und Behörden *miteinander vernetzt* und zu einer Zusammenarbeit gebracht werden.

Nach Veröffentlichung des Konzepts wird am 2.5.2007 die Kinderschutz-Hotline der Jugendämter, örtlich angesiedelt beim Kinder-Notdienst Berlin, geschaltet.

Sowohl die Plakataktion als auch die Einrichtung des Hinweistelefons bei der Polizei sind bei der Bevölkerung so gut angekommen, dass bis heute hier ca. 4000 Anrufe eingegangen sind, die zu 80 % zu einer Anzeige geführt haben. Es ist damit gelungen, das vorhandene Dunkelfeld zu einem nicht geringen Teil aufzuhellen.

Die statistischen Erhebungen zeigen einen überdeutlichen Anstieg, was aber nicht heißen soll, dass Berlin die Stadt der Kindesmisshandlung oder Kindesvernachlässigung ist.

Höhere Zahlen schreiben heißt, immer mehr Kinder aus ihrem häuslichen Abseits heraus in das Licht der Öffentlichkeit zu holen.

Eine Vielzahl von Anzeigen wird immer noch im Rahmen von Polizeieinsätzen, die oftmals aus einem ganz anderen Grund stattfinden, von Amts wegen erstattet.

Das geschieht zum Beispiel bei Einsätzen zu Häuslicher Gewalt, wenn die Polizei gerufen wird, um Körperverletzungen in Beziehungen zu schlichten und dann feststellt, dass auch die Kinder misshandelt oder vernachlässigt werden, ebenso werden Missstände in Familien der Polizei bekannt, wenn diese durch das Jugendamt aus vielerlei Gründen zum Stichwort „Amtshilfe“ gerufen wird.

Inzwischen werden aber vermehrt Anzeigen von Nachbarn, teils auch von Familienangehörigen erstattet, die die Misshandlung oder mangelnde Versorgung von Enkeln, Nichten oder Neffen nicht mehr hinnehmen können oder wollen.

Andere Personen, die Einblicke in die jeweilige Familiensituation oder Kontakt zu den Kindern haben, wie zum Beispiel Erzieher, Lehrer, Sozialarbeiter und Ärzte tun sich teilweise immer noch schwer damit, Datenschutz und Schweigepflicht in den Hintergrund zu stellen und die teils ausweglose Situation durch einen Anruf (bei der Polizei) zu beenden.

Familienerhaltende Maßnahmen sind die eine Seite, das manchmal Jahre lange Leiden eines Kindes zu beenden, die andere.

